



Foto: Bildstelle des Deutschen Bundestages

Zur Person:

Ulrich Kelber gehört dem Deutschen Bundestag seit dem Jahr 2000 an. Der 1968 geborene, fünffache Familienvater ist stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und seit 2009 Mitglied des SPD-Bundesvorstands.

DPVKOM Magazin: Herr Kelber, Sie haben zusammen mit der SPD-Bundestagsfraktion eine Kleine Anfrage zur Situation der Beamten und Beamtinnen bei der Deutschen Postbank AG nach dem Verkauf an die Deutsche Bank gestellt. Mittlerweile liegt die Antwort der Bundesregierung vor. Stellt Sie diese zufrieden?

Ulrich Kelber: Die Bundesregierung bleibt die entscheidende Antwort schuldig: Wären eine Auflösung der Postbank und die Übertragung der Weiterbeschäftigungspflicht der Beamten auf die Deutsche Bank überhaupt verfassungsrechtlich erlaubt? Außerdem würde mich schon interessieren, welche Verabredungen es mit der Deutschen Bank gibt. Wir brauchen Klarheit für die Beamtinnen und Beamten der Postbank über die Planungen von Deutscher Bank und Bundesregierung.

DPVKOM Magazin: Welche Rechtsauffassung vertreten Sie an dieser Stelle?

„Viele Beamtinnen und Beamte fühlen sich nicht mehr gebraucht“

Ulrich Kelber: Ich bin bekanntlich kein Jurist, sondern Informatiker von Beruf. Aber bei der Postreform sind ganz bewusst drei Postnachfolgeunternehmen gegründet worden. Ich denke nicht, dass die Postbank als eines dieser Postnachfolgeunternehmen einfach aufgelöst oder zu einer leeren Hülle gemacht werden darf. Die Deutsche Bank muss damit leben, dass die Postbank dauerhaft als eigene Marke und als Unternehmen mit eigenständiger Rechtspersönlichkeit bestehen bleiben muss.

DPVKOM Magazin: Wäre es überhaupt verfassungsrechtlich zulässig, wenn Dienstherrenbefugnisse und die Weiterbeschäftigungspflicht auf ein privates Unternehmen wie die Deutsche Bank übertragen würden?

Ulrich Kelber: Die SPD nimmt die Bedenken gegen eine solche Übertragung, wie sie auch die DPVKOM vorträgt, sehr ernst. Ich sehe da keine rechtliche Möglichkeit und vor allem auch keinen Sinn in dieser Übertragung. Ich habe diese Frage aber jetzt auch Bundesfinanzminister Schäuble noch einmal gestellt.

DPVKOM Magazin: Werfen wir einen Blick auf die Situation der Beamten bei Post und Telekom. Die DPVKOM kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich die Postnachfolgeunternehmen ihrer

Beamten entledigen wollen. Wie bewerten Sie die Situation der noch rund 117 000 Beamten in den Postnachfolgeunternehmen?

Ulrich Kelber: Viele Beamtinnen und Beamte fühlen sich nicht mehr gebraucht, regelrecht weggemobbt. Der enorme Kostendruck auf die Postnachfolgeunternehmen, auch durch die Regulierung, zerstört die ursprüngliche Idee der Postreform. Aus meiner Sicht



Foto: DPVKOM

> Die Beschäftigungssituation vieler Beamter in den Postnachfolgeunternehmen ist nach Auffassung des Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber schlecht.

ist die Beschäftigungssituation vieler Beamten schlecht.

DPVKOM Magazin: Was kann die Politik tun, damit die Rechte der Beamten in den Postnachfolgeunternehmen gesi-

chert und fortentwickelt werden?

Ulrich Kelber: Erstens muss die Politik Telekom, Post und Deutsche Bank deutlich machen, dass sie nach wie vor ein Auge auf die Beschäftigungssituation der Beamtinnen und Beamten hat und auch bereit ist, einzugreifen.

Zweitens muss auf eine Gleichbehandlung in tariflicher Hinsicht geachtet werden: sowohl mit den Tarifangestellten der Unternehmen als auch mit anderen Beamtinnen und Beamten. Das ist nicht immer einfach.

Drittens muss die Regulierungspolitik Post und Telekom faire Chancen im Wettbewerb lassen und die Folgekosten der Postreform anerkennen, um den besonders hohen Kostendruck von den beiden Konzernen zu nehmen.

DPVKOM Magazin: Und was fordern Sie von den Unternehmen?

Ulrich Kelber: Die Postnachfolgeunternehmen müssen eine Personalpolitik machen, die auch den Beamtinnen und Beamten das Gefühl gibt, gewünscht zu sein und gebraucht zu werden. Dazu gehören entsprechend anspruchsvolle Tätigkeiten und ausreichend Aufstiegschancen.

DPVKOM Magazin: Vielen Dank.